Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Allgemeines

Generalversammlung: 63. Tagung 2008/2009

- Fakultativprotokoll zum Sozialpakt verabschiedet
- Schaffung einer neuen UN-Frauenorganisation beschlossen
- Verhandlungen über Sicherheitsratsreform aufgenommen

Anja Papenfuß

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Anja Papenfuß, Generalversammlung, 62. Tagung 2007/2008, VN, 2/2009, S. 79ff., fort.)

Die 63. Ordentliche Tagung der **Generalversammlung** der Vereinten Nationen wurde am 16. September 2008 vom Präsidenten der Generalversammlung Miguel d'Escoto Brockmann aus Nicaragua am Amtssitz in New York eröffnet und endete am 14. September 2009. Die Tagung hatte nur wenige Höhepunkte zu verzeichnen. Zu den wichtigsten Beschlüssen zählen die Verabschiedung des Fakultativprotokolls zum Sozialpakt und die Schaffung einer neuen UN-Frauen- und Genderorganisation.

Der Hauptteil der 63. Tagung mit 74 Sitzungen endete am 24. Dezember 2008. Der zweite Teil mit weiteren 31 Sitzungen begann am 20. Februar 2009 und endete am 14. September 2009, einen Tag vor Beginn der 64. Tagung. Obwohl die Tagesordnung erneut kürzer als im Vorjahr war, wurden mehr Resolutionen und Beschlüsse verabschiedet. Unter 160 Tagungsordnungspunkten mit zum Teil bis zu 28 Unterpunkten wurden insgesamt 311 Resolutionen und 102 Beschlüsse verabschiedet – 33 Resolutionen und 21 Beschlüsse mehr als im Vorjahr. Taiwan scheiterte zum 16. Mal in Folge damit, die Frage seiner UN-Mitgliedschaft auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Den Delegierten lagen insgesamt 970 Dokumente vor.

In seiner Eröffnungsrede prangerte Versammlungspräsident d'Escoto Brockmann die relative Bedeutungslosigkeit der Generalversammlung an, zu der das Gremium in den letzten Jahren verurteilt worden sei. Er forderte alle Mitgliedstaaten auf, die Generalversammlung zu stärken und zu fördern, was nur durch eine Demokratisierung der UN erreicht werden könne (GA/10744 v. 16.9.2008). Der ehemalige Außenminister Nicaraguas und katholischer Priester hatte sich während seiner einjährigen Amtszeit mit harscher Kritik, zuweilen polemisch und provokant, bei einigen Staaten des Westens unbeliebt gemacht, allen voran bei den USA und Israel. Mit seinen Äußerungen zur Friedfertigkeit des iranischen Atomprogramms, seiner Ablehnung des Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir und anderen Stellungnahmen hatte sich der streitbare Kirchenmann von der bis dahin geübten Praxis der Neutralität eines Präsidenten der Generalversammlung entfernt.

Generaldebatte

Die Generaldebatte bildet den Auftakt der Generalversammlung. In diesen sechs bis zehn Tagen haben die Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister aller 192 Mitgliedstaaten Gelegenheit, in jeweils 15 Minuten ihre Haltung zu internationalen Fragen kundzutun. Die Debatte war dieses Mal dem Thema ›Stand der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele‹ gewidmet. Sie begann wie üblich an einem Dienstag (23. September) und endete am 29. September. 111 Staats- und Regierungschefs hatten Reden vor dem Plenum gehalten. Am 6. Oktober nahm die Versammlung den Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Organisation zur Kenntnis (Kommentar: Anja Papenfuß, VN, 1/2009, S. 30).

Einige der Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Außenminister waren bereits am 22. September angereist, einen Tag vor Eröffnung der Generaldebatte. An diesem Tag wurde über die Entwicklungsbedürfnisse Afrikas diskutiert. Die Aussprache mündete in die erste, auf der 63. Tagung verabschiedeten Resolution in Form einer 39 Absätze umfassenden Politischen Erklärung. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon eröffnete die Generaldebatte am 23. September. Er appellierte an die Mitgliedstaaten, sich nicht den globalen Herausforderungen zu verschließen, insbesondere der Bewältigung der Finanzkrise. Er plädierte für regulierende Maßnahmen: »Wir brauchen ein neues Verständnis für Ethik und Verantwortung in der Wirtschaft, mit mehr Mitgefühl und weniger unkritischem Glauben an die ›Magie‹ des Marktes«, so Ban. Wiederholt mahnte er eine Reform der Vereinten Nationen an, das gegenwärtige System sei überholt. Auch der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier warb für allgemeingültige Regeln für die internationalen Finanzmärkte und bekräftige, wie in den Jahren zuvor alle Vertreter Deutschlands dies getan haben, Deutschlands Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat. (Rede: VN, 6/2008, S. 279ff.).

In seiner achten und letzten Rede vor der Generalversammlung stellte der amerikanische Präsident George W. Bush als Vertreter des Gastlands wiederum den Kampf gegen Terrorismus in den Mittelpunkt. Länder wie Irak und Afghanistan hätten sich von Staaten, die den Terrorismus unterstützten, zu solchen gewandelt, die den Terrorismus bekämpfen. Er forderte die Mitgliedstaaten auf, sich an diesem Kampf zu beteiligen. »Gemeinsam können wir das Böse des Terrorismus bekämpfen«. Auf die Wirtschafts- und Finanzkrise ging er nur kurz ein, indem er mitteilte, die USA hätten für Stabilität gesorgt, indem sie den ungeordneten Konkurs großer Unternehmen verhindert hätten. Viele Vertreter von Entwicklungsländern nahmen in ihren Reden Bezug auf die weltweite Finanzkrise, einige mit Schuldzuweisungen an die USA, und verlangten nach Lösungs- und Kompensationsmaßnahmen. Die Geberländer sollten trotz der Krise die Entwicklungshilfe nicht reduzieren. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy mahnte eine Reform der UN an und unterstrich die Notwendigkeit, den Sicherheitsrat und die G-8 zu erweitern.

Arbeitsweise

Im Hinblick auf die Reform ihrer Arbeitsweise kam die Generalversammlung ihrem Versprechen von der letzten Tagung nach und beschloss die Einrichtung »ei-

ner allen Mitgliedstaaten offenstehenden *Ad-hoc*-Arbeitsgruppe für die Neubelebung der Generalversammlung«. Begrüßt wurde ferner die Abhaltung interaktiver thematischer Aussprachen; der Präsident der Generalversammlung wird gebeten, diese Praxis fortzuführen. Insgesamt wurden während der 63. Tagung elf solcher Aussprachen abgehalten, unter anderem zur Weltfinanz- und Wirtschaftskrise oder zu Fragen der Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbaren Energien.

Reform

Am letzten Tag der Tagungsperiode billigte die Generalversammlung in Resolution 63/311 die Schaffung einer neuen UN-Frauen- und Genderorganisation. Sie soll die vier bestehenden maßgeblichen Institutionen in diesem Bereich in sich vereinen und von einem Untergeneralsekretär geleitet werden. Vorschläge zur weiteren Ausgestaltung und Finanzierung soll der Generalsekretär auf der 64. Tagung vorlegen (Näheres dazu: Charlotte Bunch, VN, 5/2009, S. 195–203).

Wie auf der letzten Tagung beschlossen, nahm die Generalversammlung am 19. Februar 2009 in informellen Plenarsitzungen zwischenstaatliche Verhandlungen zum Thema Reform des Sicherheitsrats auf. Auf der ersten Sitzung wurden fünf zentrale Diskussionspunkte festgelegt: Mitgliedskategorien, Veto, regionale Repräsentation, Größe eines erweiteren Rates und seine Arbeitsmethoden sowie das Verhältnis zwischen Generalversammlung und Sicherheitsrat. Im Verlauf der 63. Tagung wurden drei Verhandlungsrunden mit jeweils mehreren Treffen durchgeführt. Es wurde beschlossen, die Verhandlungen während der 65. Generalversammlung fortzusetzen (A/DEC/63/565 B). Die Arbeitsgruppe zur Reform des Sicherheitsrats legte pflichtgemäß vor Ende der 63. Tagung ihren Bericht vor (A/63/47). Ziel ist nach wie vor die Vorlage eines Kompromissvorschlags zur Reform des Sicherheitsrats, über den abgestimmt werden kann.

Abrüstung

Im Bereich Abrüstung sind zwei Resolutionen verabschiedet worden, die sich mit neuen Themen befassen. Die eine (A/RES/63/72) fordert die Mitgliedstaaten auf, Gesetze zu schaffen, um den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen zu verhüten und zu bekämpfen. Zum zweiten hat die Generalversammlung sich mit dem nicht im Rahmen der UN zustande gekommenen Übereinkommen über Streumunition befasst. In Resolution 63/71 wird der Generalsekretär aufgefordert, die ihm im Übereinkommen übertragenen Aufgaben wahrzunehmen. Am Ende der Tagungsperiode nahm die Generalversammlung noch einmal das Thema Waffenhandelsvertrag auf, welches sie aufgrund finanzieller Fragen aufgeschoben hatte. Sie beschloss in Resolution 63/240, eine offene Arbeitsgruppe einzusetzen, die ab 2009 zu bis zu sechs einwöchigen Tagungen zusammentreten soll, um einen solchen Vertrag auszuarbeiten.

Wirtschaft und Entwicklung

Die Generalversammlung machte sich in Resolution 63/239 die 90 Absätze umfassende Erklärung von Doha zu eigen. Sie ist das Ergebnis der Internationalen Folgekonferenz über Entwicklungsfinanzierung zur Überprüfung der Umsetzung des Konsenses von Monterrey (Näheres dazu: Jens Martens, VN, 1/2009, S. 32f.). Darin wird unter anderem beschlossen, eine Konferenz auf hoher Ebene über die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise abzuhalten (Abs. 79). Datum und Modalitäten der Konferenz wurden in Resolution 63/277 festgelegt. Das darin genannte Datum, 3. bis 5. Juni 2009, wurde schließlich auf den 24. bis 30. Juni verschoben (zu den Ergebnissen der Konferenz: Jens Martens, VN, 4/2009, S. 179ff.). Am 9. Juli stimmte die Generalversammlung dem 59 Absätze umfassenden Ergebnisdokument dieser Konferenz zu (A/RES/63/303). Eine wichtige Forderung darin ist, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden soll, die sich mit den Themen des Ergebnisdokuments weiter befassen und vor Ende der 64. Tagung einen Bericht vorlegen soll.

Menschenrechte

Anlässlich des 60. Jahrestags der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gaben die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen am 10. Dezember 2008 eine Erklärung ab. Sie sehen in dem Dokument ein von allen Völkern und Nationen zu erreichendes Ideal, beklagen jedoch, dass die Menschenrechte noch nicht in allen Teilen der Welt vollständig und allgemein geachtet werden. Sie bekräftigen daher ihre »Entschlossenheit, dafür zu sorgen, dass alle Menschenrechte, die ja allgemein gültig, unteilbar und miteinander verknüpft sind und einander bedingen und verstärken, für alle uneingeschränkt verwirklicht werden.« (A/RES/63/116)

Am selben Tag verabschiedete die Generalversammlung zudem das Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (A/RES/63/117). Damit wurde eine bedeutsame Lücke im UN-Menschenrechtsschutz geschlossen. Denn durch das im Protokoll enthaltene Individualbeschwerdeverfahren wird es nun Einzelpersonen und Gruppen ermöglicht, beim zuständigen Ausschuss über Verletzungen ihrer Rechte aus dem Pakt Beschwerde einzulegen. Dieses Verfahren gibt es für den ›Zwillingspakt‹, dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, bereits seit 1976 (ausführlich dazu: Valentin Aichele, VN, 2/2009, S. 72–78).

In Bezug auf die Institutionen des UN-Menschenrechtsschutzes bemängelte die Generalversammlung in Resolution 167 das regionale Ungleichgewicht bei der gegenwärtigen Zusammensetzung einiger Menschenrechtsausschüsse. Sie empfiehlt daher, dass bei der Prüfung der Möglichkeit, für die Wahl der Mitglieder jedes Ausschusses Quoten nach Regionen festzulegen, flexible Verfahren eingeführt werden. Die EU-Staaten stimmten gegen die Resolution, weil sie ihrer Meinung nach die Gefahr erhöht, dass die Mitglieder dann nicht mehr vornehmlich aufgrund ihres Expertentums, sondern aufgrund ihrer regionalen Zugehörigkeit ernannt werden.

In einem im Vergleich zum Vorjahr (A/RES/62/149) abgeschwächten Text begrüßt die Generalversammlung, dass immer mehr Staaten Moratorien für Hinrichtungen beschließen und dass es weltweit eine Tendenz zur Abschaffung der Todesstrafe gibt. 106 Staaten stimmten dafür, 46 dagegen, und 34 Staaten enthielten sich der Stimme (A/RES/63/168).

Die Generalversammlung begrüßte zudem das Inkrafttreten des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen am 3. Mai 2008: In Resolution 63/192 ersucht sie den Generalsekretär, unter Berücksichtigung des Übereinkommens, auch schrittweise Standards und Leitlinien für den barrierefreien Zugang zu den Einrichtungen und Diensten des UN-Systems anzuwenden, insbeson-

dere bei der Durchführung von Renovierungsarbeiten.

Es wurden drei Resolutionen zur Menschenrechtssituation in einzelnen Ländern angenommen. Wie schon im Vorjahr wurden die Resolutionen zu Iran, Myanmar und Nordkorea beibehalten. Die Resolution zu Belarus aus dem Vorjahr wurde hingegen nicht übernommen.

Haushalt

Am letzten Tag vor der Weihnachtspause stimmten die Staatenvertreter einer Erhöhung des laufenden ordentlichen Zweijahreshaushalts 2008/2009 um knapp 17 Prozent zu. Der im Dezember 2007 verabschiedete Haushalt von 4,171 Mrd. US-Dollar wurde auf 4,87 Mrd. US-Dollar erhöht. Die Delegierten nannten diese Zahl als Leitgröße für den nächsten Zweijahreshaushalt, den der Generalsekretär im September 2009 vorlegen musste. Für den Jahreszeitraum 1. Juli 2009 bis 30. Juni 2010 wurde für 14 Friedenssicherungseinsätze ein Budget von insgesamt 7,75 Milliarden US-Dollar in einzelnen Resolutionen bewilligt (GA/10841 v. 30.6.2009). Damit stieg der Friedenssicherungshaushalt um 750 Mio. US-Dollar im Vergleich zum Vorjahr (vgl. Julian Pfäfflin/Jörg Stosberg, VN, 5/2009, S. 226ff.). Die größten Budgets erhielten die Hybridmission in Darfur mit 1,6 Mrd. US-Dollar sowie die in der Demokratischen Republik Kongo (1,35 Mrd. US-Dollar).

Aufgrund der vielfachen Beschwerden der Delegierten werden alle Hauptabteilungen des Sekretariats aufgefordert, ihre Berichte in Zukunft fristgerecht und in einer einheitlichen Struktur vorzulegen. Der Beratende Ausschuss für Verwaltungs- und Haushaltsfragen wird ermächtigt, im Jahr 2009 seine Tagungszeit um zwei Wochen zu verlängern, um den wachsenden Arbeitsanfall besser bewältigen zu können (A/RES/63/248).

Verwaltung

Die Generalversammlung beschließt in Resolution 63/250 eine Vielzahl an Veränderungen im Personalmanagement. Der 13 Teile umfassende Text enthält Bestimmungen zu den Arbeitsverträgen, zur Harmonisierung der Arbeitsbedingungen, der Einstellungs-, Bewerbungs- und Karriereförderungsmaßnahmen sowie zu Anforderungen der gerechten geografischen Verteilung und der Vertretung von Frauen. Wichtige Neuerung ist unter anderem, dass mit Wirkung vom 1. Juli 2009 bestehende etablierte Missionen zu für Familien geeignete Missionen und bestehende Sondermissionen zu nicht für Familien geeignete Missionen erklärt werden.

Die im Jahr 2006 begonnenen Reformbemühungen im Bereich der internen Rechtspflege konnten im Jahr 2008 weitgehend abgeschlossen werden. In Resolution 253 billigt die Generalversammlung die Statuten der beiden Gerichtshöfe des zweigliedrigen Systems: des Gerichts der Vereinten Nationen für dienstrechtliche Angelegenheiten und des Berufungsgerichts der Vereinten Nationen (Näheres dazu: Thomas Fitschen/Wolfgang Münch, VN, 2/2010, S. 69–71).

Die Generalversammlung genehmigt in Resolution 63/260 die Schaffung von 91 neuen Stellen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Programmhaushalts 2008–2009. Sie billigt überdies 49 neue Stellen in der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten. Der Generalsekretär hatte 101 Stellen beantragt (vgl. A/62/521 v. 2.11.2007).

Dem allgemeinen Trend zum Rauchverbot folgend beschloss das Staatenvertretergremium am 3. November 2008, ein absolutes Rauchverbot für die Innenräume des Amtssitzes in New York zu verhängen. Ebenso empfiehlt es diese Politik für andere Räumlichkeiten des UN-Systems (A/RES/63/8). Damit vollzieht die Generalversammlung einen weiteren großen Schritt bei der seit 2001 begonnenen Kampagne gegen das Rauchen in den Vereinten Nationen (vgl. Sebastian Heselhaus/Stefan Kirchner, VN, 1/2004, S. 21f.).

Übereinkommen

Am 11. Dezember 2008 wurde das Übereinkommen über Verträge über die internationale Beförderung von Gütern ganz oder teilweise auf See verabschiedet. Das 96 Artikel umfassende Übereinkommen enthält Regeln für den Transport von Containern. Sie legen fest, welche Rechte und Pflichten die am Transport beteiligten Parteien haben. Das Übereinkommen, auch ›Rotterdam-Regeln‹ genannt, ergänzt und ersetzt drei ältere Verträge (A/RES/63/122).

Am selben Tag nahmen die Staatenvertreter einen Entwurf der Völkerrechtskommission mit 19 Artikeln über das Recht der grenzüberschreitenden Grundwasserleiter zur Kenntnis. Sie empfehlen sie der Aufmerksamkeit der Regierungen und legen den Staaten nahe, geeignete bilaterale oder regionale Vereinbarungen diesbezüglich zu treffen (A/RES/63/124, Anlage).

Internationale Jahre und Tage

Die Generalversammlung legte ein neues internationales Jahr und vier neue internationale Tage fest. Das Jahr 2011 wurde zum Internationalen Jahr der Chemie erklärt. Anlass dafür ist unter anderem der 100. Jahrestag der Verleihung des Chemienobelpreises an Marie Curie (A/RES/63/209). Zum Welttag der humanitären Hilfe wurde der 19. August erklärt. An jenem Tag im Jahr 2003 waren der Leiter der UN-Hilfsmission für Irak Sergio Vieira de Mello und 21 weitere Personen bei einem Bombenanschlag in Bagdad in Ausübung ihrer Dienstpflicht getötet worden. Die Mitgliedstaaten und UN-Organisationen sind aufgerufen, den Tag in angemessener Weise jährlich zu begehen (A/RES/63/139). Die Sichelzellenanämie ist, so bekräftigte die Generalversammlung in Resolution 237, ein Problem der öffentlichen Gesundheit. Die Mitgliedstaaten und die Organisationen des UN-Systems sollten jedes Jahr am 19. Juni auf nationaler und internationaler Ebene Projekte zur Sensibilisierung durchführen. Die Sichelzellenanämie ist die am häufigsten zum Tod führende genetische Krankheit. Der 22. April wurde zum Internationalen Tag der Mutter Erde bestimmt (A/RES/63/278). Darüber hinaus soll der 20. Jahrestag der Schließung des Atomwaffentestgeländes Semipaltinsk (Kasachstan) von allen Mitgliedstaaten im Jahr 2011 feierlich begangen werden (A/RES/63/279).

Wahlen und Ernennungen

Die wichtigste Wahl der 63. Tagung fand am 10. Juni 2009 statt: der Posten des Präsidenten der Generalversammlung. Der Präsident wird traditionell drei Monate vor Amtsantritt für ein Jahr gewählt. Das Vorschlagsrecht für die Kandidaten rotiert zwischen den Regionalgruppen; im Jahr 2009 lag es bei der Gruppe der afrikanischen Staaten. Für den Vorsitz der 64. Ordentlichen Tagung wurde per Akklamation der 71-jährige ehemalige libysche Außenminister Ali Abdussalam Treki gewählt. Des Weiteren wurde wieder die Hälfte der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrats für eine zweijährige

Amtszeit neu gewählt. Die neuen nichtständigen Mitglieder vom 1. Januar 2009 bis 1. Januar 2011 sind Japan, Mexiko, Österreich, die Türkei und Uganda. Die Generalversammlung gewährte folgenden drei Organisationen den Beobachterstatus: dem Südzentrum (South Centre), der Friedensuniversität und dem Internationalen Fonds zur Rettung des Aralsees (Resolutionen 131 bis 133). Am 12. Mai 2009 wählte die Generalversammlung turnusgemäß rund ein Drittel der Mitglieder des Menschenrechtsrats neu, darunter zum ersten Mal die Vereinigten Staaten.

Verschiedenes

Aufgrund der Kriegshandlungen im Gaza-Streifen vom 27. Dezember 2008 bis 18. Januar 2009 berief die Generalversammlung ihre seit 1997 immer wieder einberufene zehnte Notstandssondertagung erneut ein. In Resolution A/RES/ES-10/18 vom 16. Januar 2009 verlangt sie die uneingeschränkte Achtung der Resolution 1860(2009) des Sicherheitsrats vom 8. Januar 2009, einschließlich seiner dringenden Forderung nach einer sofortigen, dauerhaften und umfassend eingehaltenen Waffenruhe, die zum vollständigen Abzug der israelischen Truppen aus dem Gaza-Streifen führt. 142 Staaten stimmten dafür (darunter alle EU-Staaten), vier dagegen (Israel, Nauru, die USA und Venezuela) und acht enthielten sich der Stimme.

Nachdem Kosovo sich am 17. Februar 2008 unabhängig erklärt hatte, wandte sich Serbien an die Generalversammlung mit der Bitte, beim Internationalen Gerichtshof ein Gutachten über die Rechtmäßigkeit dieser Erklärung in Auftrag zu geben. Dieser Bitte kam die Versammlung in Resolution 63/3 vom 8. Oktober 2008 nach. 77 Staaten stimmten dafür, sechs dagegen und 74 enthielten sich der Stimme, darunter Deutschland und die meisten EU-Staaten.

Im Bereich Information und Kommunikation beschließt die Generalversammlung, das Amt für Informations- und Kommunikationstechnologie als eigenständige Organisationseinheit einzurichten. Sie soll dem Leiter der Informationstechnologie im Range eines Beigeordneten Generalsekretärs unterstehen. Die Versammlung bewilligt für die Einführung des ERP-Systems (organisationsweite Standardsoftware) 20 Millionen US-Dollar (A/RES/63/262). Zum Thema Mehrsprachigkeit ersucht die Generalversammlung den Generalsekretär, das Laden aller wichtigen älteren UN-Dokumente in allen sechs Amtssprachen auf die Webseite der UN abzuschließen (A/RES/63/306).

Über das Prinzip der Schutzverantwortung (responsibility to protect) hatte die Generalversammlung in einem der so genannten interaktiven thematischen Aussprachen über vier Tage verteilt im Plenum kontrovers diskutiert. In Resolution 63/308 nimmt sie den Bericht des Generalsekretärs (A/63/677) und eben diese Debatte zur Kenntnis und beschließt, mit der Frage befasst zu bleiben.

Resolutionen und Beschlüsse der 63. Tagung der Generalversammlung, Band I: Resolutionen, Band II: Beschlüsse, 16. September bis 24. Dezember 2008, Band III: Beschlüsse und Resolutionen, 25. Dezember 2008 bis 14. September 2009, Generalversammlung, Offizielles Protokoll, 63. Tagung, Beilage 49 (A/63/49).

Politik und Sicherheit

Sicherheitsrat: Tätigkeit 2009

- **Aktivität auf niedrigstem Stand seit 1991**
- **Historisches Treffen zur nuklearen Nichtverbreitung**
- **Veto gegen die Verlängerung der Beobachtermission in Georgien**

Katharina Höne

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Katharina Höne, Sicherheitsrat: Tätigkeit 2008, VN, 6/2009, S. 269ff., fort.)

Die Arbeit des Sicherheitsrats im Jahr 2009 war vor allem durch einen erheblichen Rückgang gekennzeichnet. Die Zahl der Resolutionen und Erklärungen des Präsidenten fiel auf das niedrigste Niveau seit dem Ende des Kalten Kriegs zurück. Es wurden lediglich 48 Resolutionen und 35 Erklärungen des Präsidenten angenommen. Insgesamt ist dies ein Rückgang von 26 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der öffentlichen Treffen ging um mehr als 20 Prozent zurück, von 217 im Vorjahr auf 171. Dem Sicherheitsrat gehörten im Jahr 2009 neben den fünf ständigen Mitgliedern China, Frankreich, Großbritannien, Russland und Vereinigte Staaten noch folgende zehn weitere nichtständige Mitglieder an: Burkina Faso, Costa Rica, Kroatien, Japan, Libyen, Mexiko, Österreich, die Türkei, Uganda und Vietnam.

Resolutionen und Erklärungen des Präsidenten

Vom Sicherheitsrat behandelte Konflikte und Krisen

Vom Sicherheitsrat verabschiedete Resolutionen betrafen Konflikte, Post-Konflikt-Situationen oder für Frieden und Sicherheit relevante Situationen in: Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Burundi, Côte d'Ivoire, der Demokratischen Republik Kongo, Georgien, Guinea-Bissau, Haiti, Irak, Liberia, im Nahen Osten, in Nepal, Nordkorea, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Timor-Leste, Tschad, Westsahara, der Zentralafrikanischen Republik und Zypern.

Nachdem die Debatten des Rates zum **Gaza-Konflikt** in den letzten Tagen des Vorjahres ohne Ergebnis geblieben waren (S/PV.6060), wurden sie Anfang Januar 2009 wieder aufgenommen. Vom 27. Dezember 2008 bis 16. Januar 2009 hatte es Kampfhandlungen zwischen Israel und der Hamas im Gaza-Streifen gegeben. Nachdem der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas und die israelische Botschafterin bei den UN gehört wurden, verabschiedete der Rat am 8. Januar Resolution 1860. In Absatz 1 der Resolution »erhebt [der Sicherheitsrat] die Forderung nach einer sofortigen, dauerhaften und umfassend eingehaltenen Waffenruhe, die zum vollständigen Abzug der israelischen Truppen aus Gaza führt«. In einer Erklärung des Präsidenten (S/PRST/2009/14) vom 11. Mai betont er ferner die Dringlichkeit eines Friedens im Nahen Osten und hält »[e]nergische diplomatische Maßnahmen« für nötig. Er spricht sich für die Zwei-Staaten-Lösung aus und die Unumkehrbarkeit der bilateralen Verhandlungen.

Im Fall **Somalia** war der Sicherheitsrat vor allem an Fortschritten im Rahmen des Friedensabkommens von Dschibuti aus